

FDP Thurgau, Bahnhofstrasse 8, 8594 Güttingen

Departement für Finanzen und Soziales  
Herr Regierungsrat Urs Martin  
Regierungsgebäude  
Zürcherstrasse 188  
8500 Frauenfeld

Güttingen, 3. Juni 2022

generalsekretariat.dfs@tg.ch

---

## **Vernehmlassung Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz); Budgetberatung, Schuldenberatung und Schuldensanierung**

---

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Martin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP. Die Liberalen Thurgau (nachfolgend FDP Thurgau) dankt für die Möglichkeit, sich zur oben genannten Vernehmlassung äussern zu können. Unsere Vernehmlassung wurde von der parteiinternen Fachgruppe Gesundheit & Soziales vorbereitet und von der Parteileitung diskutiert und verabschiedet.

Im Rahmen dieser Diskussionen kamen die Gremien zum Schluss, dass auf eine detaillierte Beantwortung der Vernehmlassung verzichtet wird und wir lediglich auf für uns relevante Punkte hinweisen.

Die FDP Thurgau begrüsst im Grundsatz die Revision, zumal aufgrund des Wegfalls des bisherigen Angebots derzeit eine entsprechende Anlaufstelle fehlt.

Wir erachten es aber als Notwendigkeit, dass der Dienst sämtlichen Einwohnerinnen und Einwohnern offensteht, unabhängig dessen, dass allenfalls die Gemeinden über eigene Angebote verfügen.

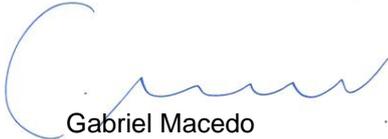
Insbesondere bei (ehemaligen) Sozialhilfebezügern ist bei inoffiziellen Schuldensanierungen oftmals eine Interessenkollision des Sozialdienstes festzustellen, indem versucht wird, die Sozialhilfesschulden als erstes zu tilgen. Aus diesem Grund erscheint uns eine unabhängige Beratung als sehr wichtig.

Der Anspruch, dass das Angebot der Schuldensanierung selbsttragend sein soll, ist unseres Erachtens abzulehnen. Einerseits ist dies geradezu der Hinderungsgrund, die Problematik effektiv anzupacken bzw. überhaupt anpacken zu können. Andererseits profitiert der Staat direkt von Schuldensanierungen, zumal die Schulden meist auch offene Steuern und Krankenkassenprämien betreffen. Weiter können mit dem Angebot der Schuldensanierung erhebliche Folgekosten verhindert werden, zumal eine fehlende Schuldensanierung zur Perspektivlosigkeit der Betroffenen führt (was oftmals in der Sozialhilfeabhängigkeit endet).

Die FDP Thurgau zweifelt daran, dass das erwähnte, günstigste Angebot seriös ist. Bei 700 bis 1000 Beratungen mit 1-4 Beratungsterminen inkl. Kontaktaufnahme/Aktenstudium/Administration ist mit mindestens 3000 Arbeitsstunden zu rechnen. Weiter braucht es eine Infrastruktur (IT/Räumlichkeiten etc.). Wir bitten hier um nochmalige Überprüfung des Angebotes und Darlegung, wie dieses im Alltag unter den genannten Rahmenbedingungen durchgeführt werden kann.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Thurgau



Gabriel Macedo  
Parteipräsident



Claudio Della Giacomina  
Leiter Fachgruppe Gesundheit & Soziales